

# GEMEINDEAMT VANDANS

---

## Verhandlungsschrift

aufgenommen am 10. November 2010 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes anlässlich der 7. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung in der laufenden Funktionsperiode.

Auf Grund der Einladung vom 03. November 2010 nehmen an der auf heute, 20.00 Uhr, einberufenen Sitzung teil: Bgm. Burkhard Wachter als Vorsitzender, Luzia Klinger, MMag. Eva-Maria Hochhauser, Josef Maier, Florian Küng, Mag. Klaus Neyer, Wilfried Dönz, Günter Fritz, Ulrike Bitschnau, Thomas Amann, Ernst Stejskal, Thomas Maier, Werner Vergut, Stefan Jochum, Markus Pfefferkorn, Martin Tschabrun, Rita Zint, Leo Brugger sowie die Ersatzleute Wolfgang Fussenegger, Martin Burtscher, Renate Neve, Manfred Blenke, Ingeborg Dobler und Paul Schoder.

Entschuldigt: Vbgm. Michael Zimmermann, Mag. Christian Egele, DI Alois Kegele, Manfred Schapler, Peter Scheider und Rupert Platzer  
Schriftführerin: GBed. Eveline Breuß

Der Vorsitzende eröffnet pünktlich um 20.00 Uhr die 7. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen, die Schriftführerin sowie die zahlreichen Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Vor Eingang in die Tagesordnung wird Paul Schoder gemäß § 37 Gemeindegesetz durch den Bürgermeister angelobt. Gegen die vorliegende Tagesordnung wird kein Einwand erhoben. Zur Behandlung steht somit folgende

### Tagesordnung:

1. Genehmigung der Verhandlungsschrift über die 6. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 19. Oktober 2010
2. Entscheidung zum Antrag der Erna Albrecher, 6773 Vandans, Dorfstraße 65, um Verkauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Nr. 12/2
3. Entscheidung zum Antrag des Jürgen Vonier, 6773 Vandans, Dielstraße 7, um Verkauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Nr. 199/2
4. Verordnung über die Höhe der Entschädigung für Verdienstentgang und auch die Sitzungsgelder an die Mandatäre
5. Entscheidung zum Ansuchen der Pfarre Vandans um Gewährung eines Unterstützungsbeitrages zu den Stromkosten im Jahre 2010 in der Pfarrkirche
6. Neuerrichtung eines Rettungsheimes: Vergabe einer Machbarkeitsstudie
7. Berichte und Allfälliges

## Erledigung der Tagesordnung:

### **1. Genehmigung der Verhandlungsschrift über die 6. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. Oktober 2010**

Die Verhandlungsschrift über die 6. Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. Oktober 2010, welche allen Gemeindevertretern/innen zeitgerecht zugegangen ist, wird von den Anwesenden einstimmig genehmigt.

Die Gemeindevertreter Wilfried Dönz, Thomas Amann, Ernst Stejskal, Manfred Blenke, Ingeborg Dobler und Paul Schoder nehmen an der Abstimmung nicht teil, nachdem diese bei der Sitzung am 19. Oktober 2010 nicht anwesend waren.

### **2. Entscheidung zum Antrag der Erna Albrecher, 6773 Vandans, Dorfstraße 65, um Verkauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Nr. 12/2**

Mit Schreiben vom 19. Januar 2010, so der Bürgermeister einleitend, ersuche Frau Erna Albrecher, wohnhaft in Vandans, Dorfstraße 65, um den Verkauf einer zirka 100 m<sup>2</sup> großen Teilfläche aus dem gemeindeeigenen Grundstück Nr. 12/2. Begründet werde das Ersuchen mit der Absicht, irgend wo im Nahbereich zum Wohnhaus einige Parkplätze für die familieneigenen Fahrzeuge schaffen zu wollen.

Das Grundstück Nr. 12/2, so nochmals der Vorsitzende, liege nördlich der Schwimmbadstraße. Auf dem besagten Grundstück befinde sich der Gemeindebauhof samt Lagerplatz. Zirka die Hälfte des Grundstückes werde im Sommer außerdem als Parkplatz für Schwimmbadbesucher verwendet. Das Grundstück Nr. 12/2 sei im Übrigen Teil einer großen zusammenhängenden Fläche, die aus den Grundstücken Nr. 12/1, Nr. 12/2, Nr. 12/3, Nr. 12/4, Nr. 12/11, Nr. 25/1, Nr. 25/2, Nr. 26, Nr. 27, Nr. 28, Nr. 450/6, Nr. 450/7 und Nr. 450/8 bestehe und ein Gesamtausmaß von 51.460 m<sup>2</sup> aufweise. Die Entscheidung, aus dieser enorm großen, zusammenhängenden Fläche eine zirka 100 m<sup>2</sup> große Teilfläche zu verkaufen, müsse im Hinblick auf die spätere Nutzung der einen oder anderen Liegenschaft gut überlegt werden. Bei allem Verständnis für das Ansuchen der Antragstellerin könne – so jedenfalls seine Meinung - eine positive Erledigung des vorliegenden Begehrens kaum in Frage kommen.

Der Information halber gibt der Bürgermeister dann noch zu verstehen, dass der Familie Albrecher mit Beschluss des Gemeindevorstandes vom 07. Juli 2005 eine zirka 50 m<sup>2</sup> große Teilfläche aus den seinerzeitigen Grundstücken Nr. 12/1 und Nr. 12/3 zur Nutzung als Parkplatz verpachtet worden sei. Dieser Pachtvertrag sei damals auf unbestimmte Zeit abgeschlossen worden, eine Kündigung sei von allen Vertragspartnern jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Da dieser Pachtvertrag nach wie vor aufrecht sei, habe die Familie Albrecher derzeit noch eine Möglichkeit, ihre familieneigenen Fahrzeuge im Nahbereich ihres Wohnhauses zu parken.

Leo Brugger plädiert in seiner Wortmeldung für eine Ablehnung des vorliegenden Antrages. Mit gutem Gewissen könne man dem Verkauf einer zirka 100 m<sup>2</sup> großen Teilfläche aus diesen zusammenhängenden Liegenschaften der Gemeinde nicht zustimmen. Die Ablehnung des gegenständlichen Antrages stelle für die Antragstellerin außerdem keine Härte dar, da das Abstellen von Fahrzeugen auf dem Grundstück Nr. 12/2 aufgrund des vorerwähnten Pachtvertrages ja weiterhin möglich sei.

Ohne weiteren Wortmeldungen, sprechen sich in der Folge alle anwesenden Damen und Herrn der Gemeindevertretung gegen den Verkauf einer zirka 100 m<sup>2</sup> großen Teilfläche, wie von der Antragstellerin beantragt, aus.

Werner Vergut spricht sich dafür aus, den seinerzeit mit der Familie Albrecher abgeschlossenen Pachtvertrag zu kündigen. Das weitere Parken von familieneigenen Fahrzeugen der Familie Albrecher auf dem Grundstück Nr. 12/2 soll nur dann akzeptiert werden, wenn mit der Familie Albrecher eine neue schriftliche Vereinbarung, verfasst von einem Rechtsanwalt, abgeschlossen wird.

Diese Empfehlung von Werner Vergut wird sodann einstimmig zum Beschluss erhoben.

### **3. Entscheidung zum Antrag des Jürgen Vonier, 6773 Vandans, Dielstraße 7, um Verkauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Nr. 199/2**

Am 22. Oktober 2010, so der Bürgermeister in seinen Ausführungen, habe Herr Jürgen Vonier bei ihm im Gemeindeamt vorgesprochen. In diesem Gespräch habe Jürgen Vonier unter anderem zum Ausdruck gebracht, dass er Kaufinteresse an einer zirka 180 m<sup>2</sup> großen Teilfläche aus dem gemeindeeigenen Grundstück Nr. 199/2 habe. Dieses grenze nämlich direkt an sein Grundstück Nr. 200/3 an. Sein Grundstück habe lediglich eine Fläche von 386 m<sup>2</sup>. Weil er annehme, dass das Grundstück Nr. 199/2 bald verkauft und dann auch bebaut werde, wolle er diese erwähnte Teilfläche kaufen. Im Prinzip wolle er mit dieser Fläche nur einen „Puffer“ zwischen seinem und einem allfälligen Neubau auf dem Grundstück Nr. 199/2 schaffen.

In weiterer Folge macht Bürgermeister Burkhard Wachter dann deutlich, dass es tatsächlich seit längerer Zeit Bestrebungen gebe, das Grundstück Nr. 199/2 zu verkaufen. Leider habe sich bis dato noch kein Käufer finden lassen. Nachdem die Familie Durig auf dem angrenzenden Grundstück jetzt alle Bäume gerodet habe, präsentiere sich auch das Grundstück Nr. 199/2 der Gemeinde in einer attraktiven Art und Weise. Die Wahrscheinlichkeit, für dieses Grundstück jetzt einen Käufer zu finden, sei jedenfalls bedeutend größer geworden.

Josef Maier plädiert in seiner Wortmeldung für eine Ablehnung des vorliegenden Antrages. Mit dem vom Antragsteller gewünschten Verkauf einer Teilfläche werde die Verwertbarkeit dieses Grundstückes enorm geschmälert. Für die Gemeinde sei wichtig, das besagte Grundstück best möglichst zu verkaufen und einen optimalen Kaufpreis zu erzielen. Mit einer Fläche von 1.385 m<sup>2</sup> sei das Grundstück sowohl für einen „Bauträger“ für die Errichtung eines Mehrwohnhauses als auch für eine Teilung in zwei oder mehrere selbständige Grundstücke interessant. Außerdem stehe es Jürgen Vonier frei, mit dem künftigen Eigentümer dieses Grundstückes eine für ihn brauchbare Lösung zu finden.

Ohne weitere Wortmeldungen sprechen sich sodann alle Anwesenden gegen den Verkauf einer zirka 180 m<sup>2</sup> großen Teilfläche aus dem Grundstück Nr. 199/2, wie von Jürgen Vonier erbeten, aus.

### **4. Verordnung über die Höhe der Entschädigung für Verdienstentgang und auch die Sitzungsgelder an die Mandatäre**

In der Sitzung am 06. Mai 2010, so der Bürgermeister am Anfang seiner Ausführungen, habe die Gemeindevertretung unter den Punkten 6. und 7. beschlossen, den Mitgliedern der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes sowie den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie der Abgaben- und Berufungskommission eine Sitzungsentuschädigung zu gewähren. Außerdem sei beschlossen worden, bei Verdienstentgang eine Entschädigung zu gewähren. Leider sei in diesem Zusammenhang verabsäumt worden, gemäß § 10 des Bezügegesetzes 1998 eine Verordnung zu erlassen. Mit dem Erlassen der nachstehenden Verordnung, soll dieses Versäumnis nachgeholt werden:

## V e r o r d n u n g

### **der Gemeindevorstellung von Vandans über die Höhe der Entschädigungen für Verdienstentgang und auch die Sitzungsgelder an die Mandatäre**

In der Sitzung am 06. Mai 2010 hat die Gemeindevorstellung unter den Punkten 6. und 7. beschlossen, den Mitgliedern der Gemeindevorstellung, des Gemeindevorstandes sowie den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie der Abgaben- und Berufungskommission eine Sitzungsentuschädigung zu gewähren. Außerdem soll bei Verdienstentgängen eine Entschädigung gewährt werden.

Gemäß § 10 des Bezugesgesetzes 1998 wird daher verordnet:

#### I.

1. An die Mitglieder der Gemeindevorstellung sowie an Ersatzmitglieder wird pro Sitzung, an der diese teilnehmen, eine Sitzungsentuschädigung in Höhe von 20,00 Euro gewährt.
2. An die Mitglieder des Gemeindevorstandes wird pro Sitzung, an der diese teilnehmen, eine Sitzungsentuschädigung in Höhe von 30,00 Euro gewährt.
3. Ebenso wird an die Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie der Abgaben- und Berufungskommission pro Sitzung, an der diese teilnehmen, eine Sitzungsentuschädigung in Höhe von 30,00 Euro gewährt.

#### II.

1. Mitglieder der Gemeindevorstellung sowie des Gemeindevorstandes haben bei Verdienstentgängen in der Zeit von Montag bis einschließlich Freitag, von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, Anspruch auf eine Entschädigung analog der Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2, das sind derzeit € 16,70 pro Stunde.
2. Ein Verdienstentgang über diese Zeit hinaus wird nur gegen Vorlage eines entsprechenden Nachweises abgefolten.
3. Die Abrechnung hat jeweils spätestens am Ende des Kalenderjahres zu erfolgen.

#### III.

Diese Verordnung tritt am 12. November 2010 in Kraft.

Ohne weitere Wortmeldungen sprechen sich in der Folge alle anwesenden Damen und Herren der Gemeindevorstellung für das Erlassen dieser Verordnung aus.

#### **5. Entscheidung zum Ansuchen der Pfarre Vandans um Gewährung eines Unterstützungsbeitrages zu den Stromkosten im Jahre 2010 in der Pfarrkirche**

Das von der Pfarre Vandans am 21. Oktober 2010 eingelangte Ansuchen wird vom Vorsitzenden verlesen. Dem Ansuchen zufolge hat sich der Stromverbrauch in der Pfarrkirche im Zeitraum 01.10.2009 bis 30.09.2010 mit insgesamt 2.211,05 Euro zu Buche geschlagen. Weil der finanzielle Spielraum der Pfarre Vandans äußerst beengt sei, ersuche man - wie jedes Jahr - um Gewährung eines finanziellen Beitrages zu

diesen Stromkosten.

In der Folge erinnert der Bürgermeister, dass derartige Ansuchen in der Vergangenheit mehr oder weniger immer mit der Gewährung eines 50 %igen Kostenbeitrages erledigt worden seien. Im Voranschlag für das laufende Jahr sei dafür ein Betrag von 1.000,00 Euro in Ansatz gebracht worden. Er plädiere deshalb dafür, dem Ansuchen entweder mit einem Zuschuss in Höhe von 1.000,00 Euro zu entsprechen oder – wie in der Vergangenheit - einen 50 %igen Kostenbeitrag zu genehmigen.

Josef Maier plädiert dafür, an der bisherigen Praxis festzuhalten und der Pfarre einen 50 %igen Kostenzuschuss zu den nachgewiesenen Stromkosten in der Pfarrkirche zu gewähren.

Dem darauf folgenden Antrag des Vorsitzenden, nämlich dem Ansuchen der Pfarre mit der Gewährung eines 50 %igen Kostenbeitrages, das sind 1.105,53 Euro, zu entsprechen, wird einstimmig zugestimmt.

Rita Zint erinnert in diesem Zusammenhang an einen Artikel in den „Vorarlberger Nachrichten“. Dort sei zu lesen gewesen, dass sich die Gemeinde Vandans auch an den Sanierungskosten beteiligen werde. Weil die Sanierungsarbeiten bereits im Gange seien, bitte sie um Auskunft, welche konkreten Finanzierungszusagen es diesbezüglich von der Gemeinde gebe.

Bgm. Burkhard Wachter bestätigt, dass im letzten Sommer ein diesbezüglicher Grundsatzbeschluss in der Gemeindevertretung gefasst worden sei. In welchem Ausmaß sich die Gemeinde letztlich an den Sanierungskosten beteiligen werde, sei aber nicht entschieden worden. Eine solche Entscheidung werde die Gemeindevertretung erst dann treffen, wenn es eine verbindliche Kostenzusammenstellung gebe bzw. alle Förderzusagen vorliegend seien.

## **6. Neuerrichtung eines Rettungsheimes: Vergabe einer Machbarkeitsstudie**

In der Sitzung am 30. Oktober 2008, so einleitend der Bürgermeister, habe sich die damalige Gemeindevertretung mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, das neue Rettungsheim auf dem gemeindeeigenen Grundstück Nr. 35/3 zu errichten. Für dieses Grundstück gebe es gewisse Baubeschränkungen, weil 2 Freileitungen der Vorarlberger Illwerke AG, nämlich die 220-kV-Leitung Latschau - Bürs sowie die 220-kV-Leitung Partenen –Bürs, diese Liegenschaft überspannen. Bedingt dadurch lasse sich die Frage, ob auf dem besagten Grundstück die Errichtung eines solchen Rettungsheimes überhaupt möglich ist, nicht mit letzter Sicherheit beantworten. Zur Klärung dieser und einer Vielzahl von anderen Fragen, wie zum Beispiel

- Ist der geplante Standort auch in städtebaulicher bzw. raumplanerischer Hinsicht der richtige?
- Wo liegen die Vorteile dieses neuen Standortes im Vergleich zum bisherigen?
- Sind am neuen Standort genügend Erweiterungsmöglichkeiten vorhanden bzw. sind solche (z.B. Gemeindebauhof) überhaupt erwünscht?
- Wie soll das neue Rettungsheim beheizt werden? Soll in diesem Zusammenhang die Miterrichtung eines Heizkraftwerkes in Erwägung gezogen werden? Sind Synergien mit dem Rätikonbad gegeben?
- Wie können die Grundstücke mit dem jetzigen Feuerwehr-Gerätehaus optimal verwertet werden?

plädiere er dafür, eine „Machbarkeitsstudie“ in Auftrag zu geben. Dass zuvor noch die von der Feuerwehr bzw. dem Bergrettungsdienst vorgelegte „Raumbedarfsliste“ vom 22. November 2009 einer konkreten Bedarfsprüfung unterzogen werden müsse, verstehe

sich von selbst.

Werner Vergut schließt sich den Überlegungen des Vorredners an. Auch er spreche sich für die Vergabe einer generellen „Machbarkeitsstudie“ aus. Aus dem geplanten Standort am Ortseingang, aus der optimalen Anbindung an die Landesstraße, aus den gegebenen Baubeschränkungen etc. ergeben sich viele Fragen, auf die man noch keine Antwort habe. Eine „Machbarkeitsstudie“ müsse diese Antworten bringen. Im Übrigen sei er der Überzeugung, dass eine „Machbarkeitsstudie“ vom Ergebnis her mehr bringe als ein allfälliger Architektenwettbewerb. Außerdem plädiere er für die Bildung eines kleinen aber effizienten „Projektteams“, bestehend aus Vertretern der Gemeinde Vandans, der Feuerwehr und der Bergrettung.

Auch Leo Brugger spricht sich in seiner Wortmeldung für die Vergabe einer „Machbarkeitsstudie“ aus. Seiner Meinung sollte in dieser auch die Frage geprüft werden, ob eine Erweiterung des bereits bestehenden Feuerwehr-Gerätehauses nicht die bessere Alternative wäre.

Thomas Maier spricht sich vor ab für eine generelle Klärung der Fragen „Was will ich?“ bzw. „Was soll heraus kommen?“ aus. Bevor es keine Klärung dieser generellen Fragen gebe, sei weder die Vergabe einer Machbarkeitsstudie noch eines beschränkten Architektenwettbewerbes sinnvoll und zweckmäßig. Diese Fragen müsse man, so jedenfalls sein Empfinden, gemeindeintern abklären.

Von einer „Machbarkeitsstudie“, so MMag. Eva-Maria Hochhauser, erwarte sie sich mehr konkrete Antworten als von einem beschränkten Architektenwettbewerb. Wenn sie die Zielsetzungen einer „Machbarkeitsstudie“ richtig interpretiere, enthalte diese nicht nur Aussagen hinsichtlich der gestalterischen Ausführung, sondern insbesondere auch hinsichtlich einer Gesamtkonzeption. In dieser Gesamtkonzeption gelte es vom Verfasser auch Antworten auf die vom Bürgermeister aufgeworfenen Fragen zu finden.

Thomas Maier bezweifelt in seiner Wortmeldung, ob die „Machbarkeitsstudie“ tatsächlich die gewünschten Antworten auf die vielen Fragen bringe. Konkrete Antworten auf die vielen aufgeworfenen Fragen erwarte er sich eher aus einem „Bebauungskonzept“. Aus eigener Erfahrung wisse er nämlich, dass sich mit solchen Fragen anfangs weder der Verfasser einer „Machbarkeitsstudie“, noch ein planender Architekt auseinander setze.

Josef Maier erinnert an den Beschluss der Gemeindevertretung am 30. Oktober 2008. In diesem Beschluss sei klar zum Ausdruck gekommen, wo der Neubau eines Rettungsheimes realisiert werden soll. Dass auf dem besagten Grundstück eine Realisierung möglich sei, stehe für ihn außer Frage. Persönlich halte er nichts von der Vergabe einer „Machbarkeitsstudie“. Er selber sei davon überzeugt, dass ein eingeschränkter Architektenwettbewerb mehr Antworten auf die vielen Fragen bringe. Die ins Auge gefaßte „Machbarkeitsstudie“ koste viel Geld und bringe wenig. In den letzten Jahren seien in Vorarlberg einige Feuerwehr-Gerätehäuser neu errichtet worden. Er plädiere dafür, sich in den betreffenden Gemeinden umfassend zu informieren, wer dort geplant habe, für wen gebaut und in welcher Art dort gebaut worden sei, zu welchen Kosten, unter welchen Bedingungen, in welchem Umfang etc. Was den jetzigen Standort des Feuerwehr-Gerätehauses betreffe, halte er es mit dem Bürgermeister. Dieses zentral gelegene Grundstück, nämlich mitten im Ortszentrum, lasse eine Vielzahl von anderen Nutzungen zu. Ganz generell müsse seiner Meinung nach aber zuerst eine „mittelfristige Finanzplanung“, wie von der Kontrollabteilung des Landes gefordert, auf den Tisch. Erst wenn diese vorliegend sei, könne man einen Prioritätenkatalog erarbeiten – schließlich gebe es ja noch eine Vielzahl anderer Projekte (z.B. Sanierung der Volksschule und der Rätikonhalle, Ankauf neuer Fahrzeuge für die Feuerwehr etc.), die einer Erledigung harren.

Stefan Jochum plädiert seinerseits für eine möglichst rasche Diskussion der vielen Fragen innerhalb der Gemeinde. Auf alle diese Fragen müsse man zuerst gemeindeintern, eventuell unter Einbindung externer Fachleute, eine Antwort finden. Der neu ins Auge gefasste Standort befinde sich in einem äußerst sensiblen Bereich, nämlich am Ortseingang. Mit der Realisierung des neuen Rettungsheimes an diesem Standort seien hohe Erwartungen verbunden. Er spreche sich daher dafür aus, in alle Gespräche externe Fachleute einzubinden. Nur wenn es in allen Fragen eine professionelle Begleitung gebe, könne man zu zukunftssträchtigen Lösungsansätzen kommen.

Josef Maier begrüßt die Überlegungen von Stefan Jochum. Als externe Fachleute könnten seiner Meinung nach die Mitglieder des örtlichen Gestaltungsbeirates eingebunden werden. Zusammen mit einem Projektteam, bestehend aus den Mitgliedern des Bauausschusses, des Gestaltungsbeirates sowie Vertretern der Ortsfeuerwehr und der Bergrettung, sollen die vielen offenen umfassend Fragen diskutiert werden. Das Ergebnis dieser Diskussion soll dann – so sein Verständnis - in einem konkreten „Bebauungskonzept“ münden.

Florian Küng gibt in seiner Wortmeldung zu verstehen, dass er sich eine Erweiterung des Feuerwehr-Gerätehauses am jetzigen Standortes ebenfalls nicht vorstellen könne. Für eine wirklich zukunftsweisende Lösung fehle es dort an den notwendigen Grundreserven. Außerdem sei auch er davon überzeugt, dass das dortige Areal noch bessere Nutzungen zulasse.

Rita Zint regt an, den neuen Standort auch unter dem Aspekt einer künftigen Zusammenlegung mehrerer Feuerwehr-Gerätehäuser zu prüfen. Schon aus finanziellen Überlegungen werde es früher oder später solche Zusammenlegungen geben müssen. Dem Finden zentral gelegener Standorte müsse daher eine sehr hohe Priorität eingeräumt werden.

Luzia Klinger spricht sich dafür aus, zur Teilnahme an einem allfälligen Architektenwettbewerb auch die ortsansässigen Unternehmen einzuladen.

Ernst Stejskal plädiert dafür, das Projektteam in der Anfangsphase recht klein zu halten. Erst wenn alle Fragen grundsätzlicher Natur beantwortet seien, soll das Projektteam erweitert werden.

Sowohl der Kommandant der Feuerwehr, nämlich Christoph Schapler, als auch der Obmann der Bergrettung, nämlich Andreas Bodingbauer, bedanken sich für die Einladung zur heutigen Sitzung. Sie seien froh, die Diskussion mitverfolgen und am Entscheidungsprozess teilnehmen zu können. Beide bringen zum Ausdruck, dass es beim tatsächlichen Raumbedarf sehr viele Vorgaben des Landes gebe. Der diesbezügliche Spielraum sei daher sehr gering. Wie auch immer die Entscheidung der Gemeindevertretung heute ausfallen werde – wichtig sei, dass vor der Vergabe einer „Machbarkeitsstudie“, eines „Bebauungskonzeptes“ oder eines beschränkten Architektenwettbewerbes alle Fragen grundsätzlicher Natur restlos abgeklärt werden. Selbstverständlich, so das Angebot beider Repräsentanten, sei man gerne bereit, von der ersten Stunde am Projekt mitzuarbeiten.

Renate Neve beurteilt in ihrer Wortmeldung den neuen Standort, nämlich direkt oberhalb der Illbrücke, für optimal. Auch wenn es sich hier um den „Ortseingang“ handle, lasse sich ein Projekt gut realisieren. Der dortige Platz weise eine Vielzahl von Vorteilen auf. Das Bauen „auf der grünen Wiese“ lasse insbesondere in architektonischer Hinsicht große Spielräume offen. Sie könne sich gut vorstellen, dass das gegenständliche Projekt - eine attraktive Gestaltung vorausgesetzt – den Ortseingang noch aufwerte. Ganz generell müsse sie sich aber der Auffassung von Josef Maier anschließen. Der Erarbeitung einer „mittelfristigen Finanzplanung“ müsse allerhöchste Priorität zukommen.

Nachdem sich keine Wortmeldungen mehr ergeben, sprechen sich alle Anwesenden für das Bilden eines Projektteams, bestehend aus den Mitgliedern des Bauausschusses, des Gestaltungsbeirates, dem Bürgermeister und Gemeindevertreter Werner Vergut sowie je 2 Vertretern der Feuerwehr und der Bergrettung, aus. In einem ersten Schritt sollen alle Fragen grundsätzlicher, städtebaulicher und raumplanungsrechtlicher Natur einer Klärung zugeführt werden. In weiterer Folge soll dann die vorliegende Raumbedarfsliste einer soliden Bedarfsprüfung unterzogen werden. Über alle weiteren Schritte soll dann erst nach Vorliegen der „mittelfristigen Finanzplanung“ entschieden werden.

## 7. Berichte und Allfälliges

Der Bürgermeister berichtet, dass

- es aus der Gemeinde St. Anton „gute Nachrichten“ gebe. Bürgermeister Rudolf Lerch habe ihn nämlich informiert, dass es mit der Fam. Josef Vallaster nun eine schriftliche Vereinbarung gebe. Darin sei unter anderem eine Entfernung der jetzigen Begrenzungspfosten vereinbart worden. Die Gemeinde Vandans habe im Gegenzug jedoch zu gewährleisten, dass beidseitig entlang der St. Antonerstraße – und zwar jeweils in einem Abstand von 0,30 m zum bestehenden Asphaltstrand – ein einfacher Drahtzaun errichtet werde.
- er zwischenzeitlich ein Gespräch mit Dr. Werner Bartl gehabt habe. In diesem habe Dr. Bartl eine Bereitschaft signalisiert, künftig in Vandans als Gemeindearzt tätig zu sein. Allerdings habe Dr. Bartl diese Zusage seinerseits an die Bedingung geknüpft, nicht am „Außermontafoner Bereitschaftsdienst“ teilnehmen zu müssen.

Weil es in diesem „Außermontafoner Bereitschaftsdienst“ einige Turbulenzen gebe, so nochmals der Bürgermeister, finde am Freitag, dem 12. November 2010, im Stand Montafon ein gemeinsames Gespräch zwischen den praktischen Ärzten und den Bürgermeistern der Talschaft statt.

- die Badesaison 2010 insgesamt 121 Tage umfasst habe. Davon habe es 67 Regentage gegeben, an denen das Rätikonbad geschlossen geblieben sei. Insgesamt habe man 12.348 Besucher verzeichnen können. Der Eintrittskartenerlös habe sich mit 44.285,75 Euro (brutto) zu Buche geschlagen.
- es am Dienstag, dem 09. November 2010, im „Haus des Gastes“ in Schruns einen Informationsabend betreffend das geplante Aqi-Hotel mit Indoorbad und Wellnesscenter gegeben habe. Alle Gemeindevertretungen der Talschaft seien zu diesem Informationsabend eingeladen gewesen. Die Vandanser Beteiligung sei sehr erfreulich gewesen. Für das genannte Hotel samt Indoorbad und Wellnesscenter sei eine Baukostensumme von 20 Millionen Euro genannt worden. Das Hotel soll dem Vernehmen nach 120 Zimmer beinhalten und mehr oder weniger als Ganzjahresbetrieb geführt werden. Von den Bürgermeistern der Gemeinden Schruns und Tschagguns sei an diesem Informationsabend mehrfach der Wunsch geäußert worden, dass sich auch die übrigen Montafoner Gemeinden am Bau und dem Betrieb dieses Indoorbades bzw. des Wellnesscenters beteiligen sollen.

Unter Punkt „**Allfälliges**“ ergeben sich folgende Wortmeldungen:

**Luzia Klinger:** Gibt es in der Angelegenheit „Umbau der Bahnhofkreuzung“ etwas Neues zu berichten?

**Antwort des Bürgermeisters:** Vom Landesstraßenbauamt gibt es eine verbindliche Zusage, dass im kommenden Frühjahr, und zwar unverzüglich nach Ostern, mit dem Umbau der Kreuzung und der Errichtung der Ampelanlage begonnen wird. Dem Ver-



nehmen nach kann damit gerechnet werden, dass diese noch vor Beginn der Sommersaison abgeschlossen werden.

**Werner Vergut:** Das vor dem Bahnhof Vandans befindliche Wohngebäude hat zwischenzeitlich den Eigentümer gewechselt und soll von einem holländischen Staatsbürger gekauft worden sein. Wenn meine Informationen stimmen, ist dieser neue Besitzer bereit, der Gemeinde Vandans einige Quadratmeter zum Anlegen einer „Busspur“ zu verkaufen.

**Antwort des Bürgermeisters:** Ein gewisser Herr Molenar ist nun Eigentümer dieses Wohnobjektes bzw. des betreffenden Grundstückes. In einem ersten Vorgespräch im heurigen Sommer hat dieser eine unmissverständliche Bereitschaft signalisiert, der Gemeinde Vandans einige Quadratmeter zum Anlegen einer „Busspur“ verkaufen zu wollen. Ein konkretes Gespräch wird es aber erst nach Vorliegen eines neuen Umbauprojektes geben.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, dankt der Bürgermeister allen für ihr Kommen sowie die sachliche und konstruktive Mitarbeit und schließt um 21.45 Uhr die Sitzung.

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

Eveline Breuß

Der Vorsitzende:

Burkhard Wachter, Bgm.